



die *Drei*

Zeitschrift für Anthroposophie in Wissenschaft, Kunst und sozialem Leben

Lieber Leser,

wir haben diesen Artikel für Sie kostenlos zum Download verfügbar gemacht. Das aber heißt nicht, dass er uns nichts gekostet hat. Die Kosten, die bei der Erstellung dieses Artikel anfallen, sind bereits bezahlt. Wir wissen aber noch nicht, wie wir in Zukunft diese Kosten bezahlen können. Wenn Sie häufiger bei uns zu Gast sind, wären wir Ihnen dankbar, wenn Sie bei der Finanzierung unserer Arbeit mithelfen.

Dankbar sind wir für jede kleine Spende!

Die wichtigsten Unterstützer unsere Arbeit sind unsere Abonnenten. Haben Sie schon einmal darüber nachgedacht, uns durch Ihr Abonnement dauerhaft zu unterstützen? DIE DREI gibt es sowohl [digital](#) als auch in der [klassischen Druckversion](#) im Jahresabonnement. Wer noch nicht ganz sicher ist, kann auch zunächst unser günstiges [Einstiegsabonnement](#) wählen.

Durch Ihr Abonnement oder Ihre Spende tragen Sie dazu bei, dass Sie auch in Zukunft auf unserer Webseite nach interessanten Artikeln suchen können. Dafür möchten wir Ihnen danken!

Wir wünsche Ihnen beim Lesen viele wichtige Gedankenimpulse!

Die Redaktion

Zeitgeschehen

Stephan Eisenhut & Alain Morau

Der Aufstieg Emmanuel Macrons und die Zukunft Europas

Teil II: ›Europa der Staaten‹ oder ›Europa der Eliten‹?

Wie in Teil I gezeigt, war Emmanuel Macrons Wahl zum französischen Staatspräsidenten möglich, weil bestimmte Netzwerke im Hintergrund die entsprechenden Fäden gezogen haben. Der II. Teil beleuchtet anhand des Gegensatzes zwischen Charles de Gaulle und Jean Monnet die historischen Hintergründe dieser Netzwerke. De Gaulle hatte ein sehr gutes Gespür für die Intention Franklin D. Roosevelts und der mit ihm verbundenen Kreise. Nachdem es zunächst nicht gelang Frankreich zu einem amerikanischen Protektorat zu machen – der Widerstand de Gaulles war zu stark –, wurde diese Intention auf dem Weg der Schaffung transatlantischer Netzwerke verfolgt. Das Europa Jean Monnets ist das Europa dieser Netzwerke. Die Zukunft Europas wird davon abhängen, ob es gelingt, Geistesleben und Rechtsleben so zu trennen, dass die europäischen Staaten nicht unter den Einfluss wirtschaftlicher Gruppeninteressen gelangen können.

Die Krise der Europäischen Union wird gerne als eine Krise zwischen den alten Eliten und den neuen Populisten dargestellt. Mark Leonard, der Direktor des ›European Council on Foreign Relations‹, schreibt kurz nach der Wahl Macrons in einem Artikel mit dem bemerkenswerten Titel ›The Macron Method¹, dass in der Bevölkerung der einzelnen Mitgliedsstaaten der Eindruck entstanden sei, Europa werde von Eliten geführt, die sich nicht mehr für die Menschen interessierten, die sie führen sollten. Der Grund liege darin, dass die Brüssler Technokraten immer mehr starre Entscheidungen auf EU-Ebene getroffen haben, die von den einzelnen Regierungen und deren Wähler gar nicht unterstützt werden. Macron, so analysiert Leonard, stehe vor der Aufgabe, einem alten Projekt neues Leben zu verleihen. Das Projekt der Europäischen Integration sei maßgeblich von Monet initiiert worden. Dieser habe dabei eine Methode angewendet, die zunächst sehr erfolgreich gewesen, später aber immer mehr in den Gegensatz von

Technokratie und Populismus gemündet sei. Monnet habe es verstanden, große politische Konflikte in kleinere technische Fragen umzuwandeln. Für die Nachkriegszeit sei das die richtige Methode gewesen, weil sie ermöglichte, nationale Ressentiments zu umgehen und die dringlichsten Probleme Europas zu lösen. Doch jetzt, insbesondere nach dem Brexit, müsse eine Methode angewendet werden, die sich nicht auf institutionelle Veränderungen, sondern auf politische Kompromisse stützt. Das aber erfordere eine ganz andere Art der Beweglichkeit, die Leonard offensichtlich Macron zutraut. Insofern repräsentiert Macron für ihn einen dritten Weg. Dafür, dass es mit der ›Methode Macron‹ wirklich gelingt, den Teufelskreis von Technokratie und Populismus zu durchbrechen, so der Direktor des 2007 (u.a. von George Soros) gegründeten europäischen Think Tanks, gebe es natürlich keine Gewissheit, doch habe man nun »keine andere Alternative«.

Mit dem jungen und agilen neuen Staatsprä-

sidenten, so wird hier deutlich gemacht, beginnt nun ein Prozess, bei dem die alten Eliten durch vermeintlich neue ersetzt werden. Neu ist jedoch nur der Führungsstil, das angestrebte Ziel bleibt das gleiche. Gerade aber gegen dieses Ziel begehren Persönlichkeiten wie der im I. Teil beschriebene Politiker François Asselineau auf. Sie wollen die mit der französischen Revolution aufgekomenen republikanischen Ideale verteidigen. Dem Erhalt der Staatssouveränität kommt dabei ein besonderer Stellenwert zu.

Der Griff Roosevelts nach Frankreich

Ein Angriff auf die Souveränität des französischen Staates erfolgte vor allem in Zusammenhang der Ereignisse des II. Weltkrieges. Hier findet sich ein entscheidender Knotenpunkt, der für das Verständnis der gegenwärtigen Situation in Frankreich zentral ist. Nach der Kapitulation vor der deutschen Wehrmacht spaltete sich Frankreich in das Lager der Kollaborateure (Vichy-Regime) und das des maßgeblich von Charles de Gaulle geführten Widerstandes. Das Vichy-Regime unter Marschall Pétain verfolgte nicht nur eine massive antijüdische Politik, vergleichbar den Nürnberger Rassegesetzen, es leistete 1942 zudem aktiven militärischen Widerstand gegen die Invasion der Alliierten in Französisch-Nordafrika. Nach der gelungenen Invasion stützte sich US-Präsident Roosevelt zum Entsetzen Charles de Gaulles auf Kräfte, die zuvor dem Vichy-Regime gedient hatten. Sie ließen z.B. zu, dass sich Admiral François Darlan – der Oberkommandierende aller französischen Streitkräfte des Vichy-Regimes und Schöpfer des »Generalkommissariat für die ›Judenfrage‹« gewesen war – selbst zum ›Hochkommissar‹ für diese französische Kolonie, die bis dahin von Vichy-treuen Gouverneuren regiert worden war, ernannte. Dabei hatte Darlan militärischen Widerstand geleistet, während die Résistance die Invasion unterstützte. Nach dessen Ermordung folgte ihm General Henri Giraud in diese Position. Giraud hatte zwar nicht mit Hitler-Deutschland kollaboriert, brachte aber seine Gesinnung durch den Versuch der Fortsetzung der antijüdischen Politik des Vichy-Regimes zum



Ausdruck.² Roosevelt wollte den Einfluss der Führungspersönlichkeiten der französischen Résistance zurückdrängen. Insbesondere de Gaulle betrachtete er mit größtem Misstrauen. Die Eigenwilligkeit der Widerstandskämpfer stand den Nachkriegszielen der führenden amerikanischen Kreise ganz offensichtlich im Wege.

Jean Monnet

In diesem Kontext wurde Jean Monnet von Präsident Roosevelt 1943 nach Algier geschickt, um dort als Berater Girauds an der Konstitution der französischen Exilregierung mitzuwirken. Im I. Teil wurde der »bankiermäßig denkende Mensch« erwähnt, der nach Rudolf Steiners Beobachtung, hinter den politischen Herrschern als wirklich treibende Kraft steht. Wer tiefer verstehen will, was Rudolf Steiner mit »bankiermäßig denkenden Menschen« gemeint hat, wird in Jean Monnets Biografie reichhaltiges Anschauungsmaterial finden. Der zumeist als Vater des Vereinigten Europas bezeichnete Franzose war der geradezu perfekte Mann zur Umsetzung der von Roosevelt angestrebten Ziele. 1888 in eine Familie französischer Cognac-Händler hineingeboren, sammelte Monnet früh internationale Erfahrungen, indem er, erst sechzehnjährig, nach London zog und bei einem Agenten der Firma seines Vaters tätig wurde. Schon bald bereiste er im Auftrag des Familienunternehmens Skandinavien, Russland, Ägypten, Kanada und die USA, wodurch ihm der Aufbau zahlreicher internationaler Kontakte möglich wurde. Im I. Weltkrieg beschäftigte er sich mit der Frage der Koordinierung französischer und britischer Waffenkäufe. Dadurch kam er in Kon-



Franklin D. Roosevelt zwischen Henri Giraud und Charles de Gaulle auf der Casablanca Konferenz 1943

takt mit führenden Politikern beider Länder. Als Mitglied der französischen Delegation auf der Friedenskonferenz von Versailles knüpfte er freundschaftliche Beziehungen zu führenden amerikanischen Persönlichkeiten. 1919 wurde er stellvertretender Generalsekretär des Völkerbundes. Ab 1923 kümmerte er sich um das ererbte Familienunternehmen, 1926 wurde er Vizepräsident der New Yorker Investmentbank Blair & Co. Als internationaler Finanzier soll er maßgeblich an der Erholung mittel- und osteuropäischer Volkswirtschaften beteiligt gewesen sein, insbesondere bei der Stabilisierung des polnischen Zloty (1927) und des rumänischen Leu (1928).³ Seine Bank spielte eine maßgebliche Rolle bei der Platzierung amerikanischer Gelder in Europa, die für den kurzzeitigen Scheinboom verantwortlich waren, der 1929 in der Weltwirtschaftskrise endete. Bei einem Bankenzusammenbruch verlor er ein Vermögen, wurde aber von Freunden »über die gewöhnlichen Verpflichtungen der Freundschaft hinaus aufgefangen«.⁴ Diese Freunde waren u.a. der spätere Hochkommissar für Deutschland, John McCloy, und der spätere US-Außenminister John Foster Dulles.⁵ Von 1932 bis 1936 lebte Monnet auf Einladung des chinesischen Finanzministers in China. Von 1932 bis 1936 lebte Monnet auf Einladung des chinesischen

Finanzministers in Shanghai. 1935 gründete er – auf Vermittlung von Dulles – zusammen mit George Murnane die Investmentbank »Monnet, Murnane & Co.«. Diese Bank unterhielt auch Geschäftsbeziehungen mit Hitler-Deutschland.⁶

...und Charles de Gaulle

Als Jean Monnet 1943 nach Algier kam, war ihm bewusst, dass er Charles de Gaulle, dem er mit höchstem Misstrauen begegnete, notgedrungen würde einbinden müssen. Denn dieser hatte im Gegensatz zu Giraud eine breite Unterstützung im französischen Widerstand. Zudem merkte Monnet bald, dass Giraud ein politischer Versager war. So sorgte er dafür, dass beide als gleichberechtigte Präsidenten das »Komitee für

1 <https://www.project-syndicate.org/commentary/macron-project-to-unite-europe-by-mark-leonard-2017-05>.

2 Vgl. Dan Diner: »Enzyklopädie jüdischer Geschichte und Kultur«, Stuttgart 2011, Bd. I, S. 35 u. Bd. II, S. 80.

3 https://en.wikipedia.org/wiki/Jean_Monnet.

4 François Duchêne: »Jean Monnet – The First Statesman of Interdependence«, New York & London 1994, S. 50.

5 Beide waren Mitglieder des »Council on Foreign Relations« (CFR). Vgl. Anm. 16.

6 Vgl. Andreas Bracher: »Europa im amerikanischen Weltsystem«, Basel 2000, S. 82.

Nationale Befreiung (CFLN)⁷ gründen konnten. De Gaulles Ziel war, nach Kriegsende wieder die volle französische Souveränität herzustellen. Einen Monat nach der Gründung des CFLN schrieb Monnet in einem Brief an Roosevelt: »Kein Friede wird in Europa sein wenn Staaten aufgrund nationaler Souveränität sich wiederaufbauen. Sie müssen eine Föderation bilden, die eine wirtschaftliche gemeinsame Einheit stützen.«⁸ Damit kündigte sich der bald darauf folgende Machtkampf zwischen Monnet und de Gaulle an, ein Machtkampf zwischen der auf dem Souveränitätsgedanken beruhenden demokratischen Republik und dem von den USA favorisierten Konzept eines europäischen Föderalismus.

Der US-Politiker John Foster Dulles hatte schon 1941 in einem Artikel vorgeschlagen, Europa nach dem Krieg zentralistisch zu reorganisieren. Er war der Ansicht, dass es verrückt sei, den einzelnen europäischen Staaten wieder die volle Souveränität zuzugestehen.⁹ 1943 wurde im amerikanischen Magazin »Fortune« – Sprachrohr der amerikanischen Hochfinanz – die Gründung einer über den Staaten stehenden europäischen Transportgemeinschaft vorgeschlagen. Auch die Idee einer europäischen Währungsunion findet sich dort. In seiner Denkschrift für das CFLN griff Monnet diese Gedanken auf: Ausgehend von einer französischen Initiative solle auf die Gründung einer Wirtschaftsgemeinschaft hingearbeitet werden, um eine »demokratische Ordnung in Europa« zu schaffen. Indem sich Europa »über die nationalen Souveränitäten erhebe«, könne es zu einem Staat werden, der Friede und Glück bringe.¹⁰

Im Juli 1944 kam es in Washington zu einem Gespräch zwischen Roosevelt und de Gaulle, in der jener diesem seine Strategieüberlegungen für die Welt nach dem II. Weltkrieg schilderte. Roosevelts Visionen erschienen de Gaulle mehr als beunruhigend für Europa und insbesondere Frankreich. In seinen Memoiren hielt er fest: Roosevelt »gedenkt nun ein internationales System zu schaffen, das auf ständige Intervention hinausläuft. Er denkt an ein Viererdirektorium: Amerika, Sowjetrußland, China und Großbritannien sollen die Weltprobleme regeln. Ein Parlament der Vereinten Nationen soll der Macht

dieser ›vier Großen‹ einen demokratischen Anstrich geben. Aber wenn man die Welt nicht auf Gnade und Ungnade den drei anderen ausliefern will, muss solch eine Organisation, meint Roosevelt, die Anlage amerikanischer Stützpunkte in allen Teilen der Erde und zum Teil auch auf französischem Gebiet einschließen.«¹¹

De Gaulle erkannte den in Roosevelt wirksamen Willen, Europa zu dominieren. Und er fragte sich: »Wird man nicht, wenn man Westeuropa als zweitrangig behandle, gerade der Sache schaden, der man zu dienen glaubt: der Sache der Zivilisation?« Und so hielt er Roosevelt entgegen: »Der Westen ist es, [...] den man wieder aufbauen muss. Wenn das geschehen ist, wird ihn sich die übrige Welt wohl oder übel zum Vorbild nehmen. Wenn es nicht geschieht, wird es der Barbarei gelingen, alles hinwegzufegen. Westeuropa ist trotz seiner Zerrissenheit für den Westen von wesentlicher Bedeutung. Nichts kann den Wert, die Kraft, die Ausstrahlung der alten Völker ersetzen.«¹²

Ein ganz anderes Bild des Nachkriegs-Europa hatte Jean Monnet. Schon am 6. Mai 1943 hatte er in einer geheimen Notiz an Harry Hopkins, einem engen Vertrauten Roosevelts, angemerkt: »Eine Verständigung mit ihm [de Gaulle] ist unmöglich; er ist ein Feind des französischen Volkes und seiner Freiheiten sowie ein Feind des geordneten und friedlichen Wiederaufbaus Europas; konsequenterweise muss er im Interesse der Franzosen, der Alliierten und des Friedens vernichtet [sic!] werden«¹³ Er scheute sich dabei nicht, de Gaulles Handeln auch noch mit dem Hitlers zu vergleichen.¹⁴

Das Frankreich de Gaulles

Der Gegensatz zwischen Monnet und de Gaulle wird heute gerne als Gegensatz zwischen dem Vertreter des zukunftsweisenden demokratischen Föderalismuskonzeptes und des rückwärtsgewandten Nationalstaatsgedankens hingestellt. Ersteres wird mit der Fähigkeit zur Zusammenarbeit in Verbindung gebracht, letzteres mit Eigenwilligkeit und Separatismus. Doch weder hat die Monnetsche Zukunftsvision etwas mit Demokratie zu tun, noch ging es de Gaulle

in Wirklichkeit um den Nationalstaat. Für de Gaulle war der Nationalstaat nur Mittel, um den souveränen Rechtsstaat zu erhalten. Er wollte den Staat gegen alle Angriffe verteidigen: sowohl gegen die Nazi-Deutschlands, als auch gegen die des US-Imperialismus, die das Europa Monnets für ihre Interessen nutzen wollten. Unter de Gaulles Präsidentschaft (1959-69) wurden zudem die französischen Kolonien in die Selbstständigkeit entlassen. Der Aufbau eines starken Staates war für ihn eine Frage der Selbstbehauptung Frankreichs. Die ›Fünfte Republik‹ beruht maßgeblich auf den Einsichten de Gaulles. Ihre Verfassung baut auf der starken Stellung des Staatspräsidenten auf, weshalb sie in der Politikwissenschaft auch als »Republikanische Monarchie« bezeichnet wird. Dabei sollte jedoch nicht übersehen werden, dass dieses Staatswesen auf auch viele moderne Züge enthält: Trennung von Staat und Kirche, ein ausgeprägtes Gleichheitsempfinden und starke lokale demokratische Strukturen.¹⁵ Ein starker Staat dominiert jedoch nur zu leicht die anderen Bereiche des sozialen Organismus, insbesondere das Geistesleben. Die Frage, wie insbesondere Geistesleben und Rechtsleben richtig getrennt werden können, ist bis heute nicht gelöst. Bezeichnend dafür mag sein, dass 1968 de Gaulles Regierung ausgerechnet durch die Studentenunruhen so schwer erschüttert wurde, dass er sich zum Rücktritt entschloss.

Die Methode Monnet

Im Gegensatz zu de Gaulle hatte Monnet überhaupt kein Organ für die Notwendigkeiten des modernen Rechtsstaates. Zudem fehlte ihm die Fähigkeit, Geistesleben und Wirtschaftsleben richtig zu trennen. Seine Wirksamkeit ist dadurch geprägt, dass er anstrebte in kleinen Schritten überstaatliche Institutionen aufzubauen, die mehr und mehr die Souveränität der einzelnen Staaten aushöhlten. Dabei setzte er auf individuelle Beziehungen und nicht auf demokratische Verfahren. Dieses Vorgehen wird heute ganz offiziell als »Methode Monnet« beschrieben und gilt als äußerst effizient, um politische Entscheidungsprozesse zu beeinflussen.

Monnets Methode war aber vor allem deshalb so erfolgreich, weil er einerseits über ein weit gespanntes Netzwerk insbesondere in die führenden Kreise der amerikanischen Elite – in der Regel Mitglieder des mächtigen ›Council on Foreign Relations‹¹⁶ – verfügte. Diese strebten ein vereinigtes Westeuropa an, das zwar wirtschaftlich sehr produktiv sein sollte, aber politisch so schwach, dass es den amerikanischen Hegemonialanspruch nicht gefährdete. Andererseits aber auch, weil er bewusst Krisensituationen einsetzen konnte, um seinen Ideen, die oft gar nicht – wie z.B. der Schuman-Plan – unter seinem Namen eingebracht wurden, den Anschein der Alternativlosigkeit zu geben. Mit diesem Verfahren konnte er selbst seine stärksten Gegner langfristig besiegen. Denn das, was als Institution auf den Weg gebracht ist, entfaltet eine Eigendynamik, der sich später kaum ein einzelner Politiker entgegenstellen kann.

Die Methode Monnet legte die Grundlage für die EU-Technokratie. Sie wurde von führenden Europapolitikern mit zweifelhaftem Erfolg eingesetzt, wie etwa bei der Einführung der gemeinsamen Währung, des Euro. Sie ist

7 ›Comité français de la Libération nationale‹

8 www.observatoiredeleurope.com/De-Gaulle-Monnet-le-duel-du-siecle_a1434.html

9 Gérard Bossuat: ›Jean Monnet. Le blog d'Europe hebdo‹, 2009, S. 4, zitiert nach: www.zeit-fragen.ch/de/ausgaben/2011/nr-25-vom-20062011/jean-monnet-als-sondergesandter-des-amerikanischen-praesidenten-roosevelt.html

10 Gérard Bossuat, a.a.O., S. 4.

11 Charles de Gaulle: ›Memoiren, 1942–1946‹, Düsseldorf 1961, S. 222.

12 A.a.O., S. 224f.

13 www.observatoiredeleurope.com/De-Gaulle-Monnet-le-duel-du-siecle_a1434.html

14 Ebd.

15 Frankreich hat etwa 36.000 Gemeinden, das ist fast die Hälfte aller Gemeinden innerhalb der EU.

16 Das CFR wurde 1921 von amerikanischen Bankern und Industriellen gegründet, um den Einfluss ihrer Ziele auf die Politik sicherzustellen. Er ist bis heute das maßgebliche Organ der amerikanischen Finanzaristokratie. Vgl.: ›Ein Politbüro für den Kapitalismus? Wilhelm Bittorf über den ›Council on Foreign Relations‹, in: ›Der Spiegel‹ 50/1975. S. 142-147.

nicht nur im Kern ein vollkommen antidemokratisches Verfahren, sondern führt zudem zu einer zunehmenden Aushöhlung des Rechtsstaates. Am Ende steht das, was Angela Merkel durchaus zutreffend als »marktkonforme Demokratie« bezeichnet hat. Angeblich sind es die anonymen Marktkräfte, insbesondere die der Kapitalmärkte, die die Schaffung bestimmter überstaatlicher Institutionen notwendig machen. Diese können, so die Argumentation, nicht ignoriert werden. Macron spricht in diesem Sinne vom »Realitätsprinzip«.

Doch hinter den Kapitalmärkten steht eine durchaus überschaubare Anzahl von Menschen, bei denen sich zudem immer mehr Verfügungsmacht über Kapital bündelt. Und genau diese Menschen verstehen es, diese Institutionen nach ihrem Willen auszugestalten und mit den Menschen zu besetzen, die ihren Intentionen dienen. Das Europa Monnets ist ein Europa dieser »bankmäßig denkenden« Eliten.

Dreigliederungsaspekte

»Es kommt ja wirklich nicht darauf an, ob es im Jahre 1950 noch ein Belgien gibt, noch ein Frankreich, das bis an die heutigen Grenzen geht, sondern es kommt darauf an, welche Macht Belgier in diesem Belgien, Franzosen in diesem Frankreich haben und welche Macht Briten in diesem Belgien oder in diesem Frankreich haben, denn zur Begründung der kommerziellen Weltherrschaft ist es gar nicht nötig, auch immer gleich den Besitz der Territorien unmittelbar anzustreben.«¹⁷ Diese erstaunlich weitsichtige Aussage Rudolf Steiners stammt vom Januar 1917. Nur dass der kommerzielle Weltherrschaftsimpuls mittlerweile sein politisches Instrumentarium auf den US-amerikanischen Staat verlagert hatte. Charles de Gaulles Versuch, die Souveränität Frankreichs gegen die westliche Überformung zu schützen, war nur kurze Zeit erfolgreich. Insbesondere bei seinen Nachfolgern hat die Methode Monnet ihren Zersetzungsdienst geleistet und die transatlantischen Netzwerke konnten immer öfter ihre Leute in die entscheidenden Positionen bugsieren. Man brauchte die Territorien in der Tat nicht zu besitzen, um sie zu beherrschen. Was

aber ist das für ein Wille, der sich durch diese Netzwerke geltend macht?

Aus der Perspektive der Dreigliederung des sozialen Organismus ist die Kapitalverwaltung eine Aufgabe des Geisteslebens. D.h. nichts anderes, als dass die Entscheidungen darüber, wohin Kapital fließt, auf der Ebene der individuellen Beziehungen gefunden werden muss. Diese Sichtweise ist für viele Menschen irritierend, denn letztendlich basiert ja die Kapitalverwaltung der westlichen Eliten maßgeblich auf den individuellen Beziehungen innerhalb ihrer Netzwerke. Dieses Geistesleben ist allerdings nicht frei. Es stellt sich in den Dienst wirtschaftlicher Gruppeninteressen. Dadurch erhält es eine Form, durch die der souveräne Rechtsstaat untergraben wird. Das Rechtsleben als eigenständiges Glied des sozialen Organismus wird auf diesem Wege mehr und mehr ausgelöscht. Zurück bleiben enteelte staatliche Institutionen, die zum Instrument der beschriebenen Eliten werden. Der sogenannte Neoliberalismus kann auch als das Geistesleben des bankiermäßig denkenden Menschen verstanden werden. Es beruht auf der äußeren Beobachtung und einer instinktiven Erkenntnis von Entwicklungstendenzen, die in den Dienst gruppenegoistischer Ziele gestellt werden. Es ist ein Geistesleben, dass ganz durch die Kräfte des Wirtschaftslebens geformt wird.

Ein Geistesleben hingegen, welches lediglich auf die überkommenen Formen des Rechtsstaates baut und sich mit diesen verbindet, nimmt sich die Kraft, dem bankiermäßig denkenden Menschen wirksam etwas entgegensetzen zu können. Während die Methode Monnet das Rechtsleben auslöscht, erstickt ein dominierender Staat das Geistesleben. Es bleibt ein Geistesleben zurück, das an allen Ecken und Enden durch staatliche Einrichtungen reguliert ist. De Gaulles Problem war nicht ein rückwärtsgewandter Nationalismus, sondern, dass er die eigenständige Bedeutung eines freien Geisteslebens nicht erkennen konnte. Er forderte auch nicht ein »Europa der Vaterländer«, wie vielfach behauptet wird, sondern ein »Europa der Staaten«.¹⁸ Ihm war bewusst, dass ein starker Rechtsstaat auch klare Grenzen braucht und diese nicht durch immer neue supranationale Institutionen auf-

gelöst werden dürfen. Dabei sah er durchaus die Notwendigkeit einer europäischen Einigung, doch sollten die kulturellen Differenzierungen und Prägungen, die mit den unterschiedlichen nationalen Eigenheiten zusammenhängen, dadurch nicht nivelliert werden. Seinem Streben nach einem auch militärisch starken Frankreich lag die Empfindung zugrunde, dass er nur so sich gegen die Überformung aus dem anglo-amerikanischen Westen zu Wehr setzen könne.

Mit der französischen Revolution kamen die Ideale der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit auf. Diese können aber nur heilsam werden, wenn erkannt wird, innerhalb welchen Gliedes des sozialen Organismus sie ihre Berechtigung haben. Mitteleuropa hat die Aufgabe zu zeigen, wie die Freiheit im Geistesleben zur Gesundung der sozialen Verhältnisse beitragen kann. Ein solches Geistesleben achtet die Eigenständigkeit des demokratischen Rechtslebens. Das Drama ist, dass diese Aufgabe bisher nicht richtig ergriffen werden konnte, sondern im Gegenteil gerade Deutschland eine wirtschaftliche Dominanz entwickelt, die für seine Handelspartner vernichtend wirkt.¹⁹ Zur Freiheit des Geisteslebens gehören eben auch Menschen, die ein geistiges Leben in Freiheit hervorbringen.

Während die französischen Eliten danach streben, den Staatspräsidenten mit Befugnissen auszustatten, die einem König gleichen, lebt in der französischen Bevölkerung in besonderer Weise der Streben nach Gleichheit.²⁰ Dieser Impuls kann nicht durch ein zentralistisches Staatsgebilde verwirklicht werden, das überall auch das Geistesleben egalisiert. Die Entwicklung eines gesunden Rechtslebens ist davon abhängig, dass neben ihm das Geistesleben sich in Freiheit kräftig entwickeln kann. Gelänge es im deutschen Sprachraum, das Geistesleben wirklich zu erneuern und auf eine echte geistige Grundlage zu stellen, so würde gerade Frankreich davon ungeheuer profitieren. Aus der geistigen Freundschaft mit Deutschland würde es die Kraft finden, ein echtes demokratisches Rechtsleben zu entwickeln und die anglo-amerikanische Überformung zurückzudrängen. Das stark ausgeprägte Gleichheitsempfinden der französischen Bevölkerung gerade in Fragen des

Arbeits- und Sozialrechtes könnte dann wiederum Deutschland helfen, hier selbst angemessene demokratische Strukturen zu entwickeln. Ein »geistiges Kerneuropa«, das nicht auf wirtschaftlicher Dominanz, sondern auf geistiger Produktivität und Achtung der Menschenwürde baut, könnte auch von seinen östlichen Nachbarn akzeptiert werden. Es wäre die Grundlage für eine brüderliche bzw. geschwisterliche wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Das Gespenst des Romanismus

Dem Europa Macrons droht eine gegenteilige Entwicklung. Unmittelbar nach der Bundestagswahl präzisierte Macron deutlich seine schon 2015 dargelegten Zukunftsziele: Die »Neugründung Europas«, von der er damals sprach,²¹ soll jetzt Konturen annehmen. Er weiß zwar, dass seine Vorstellungen – mit Angela Merkel hatte er die Inhalte seiner Grundsatzrede zuvor abgestimmt – wenig Gegenliebe bei der wiedererstarkten FDP finden werden. Dennoch hat die nach der Methode Monnet durchgesetzte Währungsunion mittlerweile Realitäten geschaffen, die seine Pläne zuletzt als »alternativlos« erscheinen lassen werden. Schrittweise soll auf eine europäische Zentralregierung hingearbeitet werden: »Ein Budget

17 Rudolf Steiner: »Zeitgeschichtliche Betrachtungen Bd. III« (GA 173c), Dornach 2014, S. 101.

18 Der Historiker Heinrich A. Winkler weist darauf hin, dass der Begriff »Europa der Vaterländer« von de Gaulles Adlatus Michel Debré stammt.

De Gaulle selbst habe, obwohl glühender Patriot, den Begriff sogar abgelehnt und lieber von einem »Europa der Staaten« gesprochen. Vgl.: www.tagesanzeiger.ch/ausland/europa/europa-kann-nicht-gegen-dienationen-vereinigt-werden/story/19017038

19 Vgl. Stephan Eisenhut: »Falsche Schenkungen – Zur Bedeutung des Exportüberschusses der deutschen Wirtschaft« in: DIE DREI 6/2017, S. 8ff.

20 In den GA 173c (vgl. Anm. 17) bemerkt Rudolf Steiner, dass der eigentlich französische Staatscharakter dem monarchischen Prinzip entspreche. Das »Republikanische ist in Frankreich nur sein Widerpart, wie alles seinen Widerpart erzeugt«. (S. 121)

21 <http://international.sueddeutsche.de/post/128026249890/refondons-leurope>

geht natürlich einher mit starker politischer Führung, daher braucht es einen Finanzminister und eine parlamentarische Kontrolle. Nur die Euro-Zone mit einem starken Euro kann Europa den Rahmen geben, eine starke weltweite Wirtschaftsmacht zu sein.«²² Die Idee der gemeinsamen Wirtschaftsregierung hat für ihn einen zentralen Stellenwert, dem er auch die französische Souveränität unterordnen will: »Es muss eine europäische Souveränität aufgebaut werden, und es ist notwendig, sie aufzubauen.« Dazu strebt Macron ein gemeinsames Vorgehen bei Fragen der inneren und äußeren Sicherheit (gemeinsamer Grenzschutz, Geheimdienst und Verteidigung), der Migrationsfrage und der Sozialpolitik (Mindestlöhne und Vereinheitlichung der Sozialsysteme) an. Entsprechend dem europäischen Staatsgedanken will er auch das europäische Wahlsystem »demokratisch« reformieren.

Die Ernsthaftigkeit seiner Vorschläge will er dadurch untermauern, dass alle seine politischen Maßnahmen in Frankreich auf diese europäischen Ziele ausgerichtet sind. Dazu zählen insbesondere seine umstrittenen Reformen des Arbeitsrechts und der gesetzlichen Sozialversicherungen, die starke Ähnlichkeiten zur deutschen Agenda 2010 aufweisen. Auf dieser Grundlage strebt er eine Partnerschaft mit Deutschland an. Ein wirtschaftlich starkes, auf der deutsch-französischen Freundschaft gegründetes Kerneuropa soll den Weg für alle 28 Mitgliedsstaaten in den föderativ organisierten europäischen Staat ebnen und zuletzt so attraktiv sein, dass auch England in dieses gemeinsame Haus wieder einziehen will.

Für Macron ist die Kultur der Kitt der Union. Es die Kultur der Bourgeoisie, die ihre Idee von Europa in Cafés erträumt,²³ dabei aber nicht bemerkt, dass diese Ideen nichts mit den Gesetzen des sozialen Lebens zu tun haben. Macron vereinahmt das Kulturleben nur für sein Projekt, während die harte Wirklichkeit für ihn das ist, was vom Wirtschaftsleben her bestimmt ist. Europa soll eine starke Wirtschaftsmacht werden, die einen eigenen, vermeintlich sozialen Kapitalismus entwickelt, der sich gegen den Kapitalismus des angloamerikanischen Wes-

tens und den der Asiaten behaupten kann. Das Kulturleben soll zu guter Letzt wirtschaftlich verwertbare Ideen liefern. Deshalb muss auch dieses zentralisiert werden. Mit Bedacht hat Macron die Sorbonne als Ort für seine Rede gewählt. Denn hier wurde 1998 mit der »Sorbonne-Erklärung« die Grundlage für den ein Jahr später in Bologna auf breiter Ebene in Gang gesetzten Vereinheitlichungsprozess des europäischen Bildungswesens gelegt.²⁴

Von diesem Geist kann keine Erneuerung Europas ausgehen. Denn diese europäische Föderation ist ihrem Wesen nach doch ein Zentralstaat und damit das Gegenbild der Dreigliederung des sozialen Organismus. In ihm wirkt das »Gespenst des Romanismus«. Es ist der Geist des alten römischen Reiches, der sowohl in dem kommerziellen Weltmachtstreben der USA als auch in den französischen Zentralisierungsbestrebungen vorhanden ist.²⁵

Macron ist vermutlich der subjektiven Überzeugung, dass seine Bestrebungen Europa und der Welt dienlich sind. Dass er dabei an eine vergangene Geistigkeit anknüpft, kann er nicht erkennen. Diese wirkt jedoch mit einer bestimmten Gesetzmäßigkeit im sozialen Leben. Es ist eine Erkenntnisaufgabe, diese sozialen Gesetze zu durchschauen. Innerhalb eines freien Geisteslebens müssen die Kräfte aufgesucht werden, die den Geist der Vergangenheit erlösen und echte Zukunftsimpulse an dessen Stelle setzen können.

22 www.elysee.fr/declarations/article/initiative-pour-l-europe-discours-d-emmanuel-macron-pour-une-europe-souveraine-unie-democratique/
Alle im Folgenden wiedergegebenen Inhalte sind dieser Rede entnommen.

23 In seiner Grundsatzrede kommt Macron auf die Bedeutung der Kultur zu sprechen und zitiert den Kulturphilosophen George Steiner, der einmal gesagt hat, dass die Idee Europas in den Cafés, dem Treffpunkt der Avantgarde, entstanden sei.

24 Vgl. Katrin Toens: »Die Sorbonne-Deklaration – Hintergründe und Bedeutung für den Bologna-Prozess«, in: *die hochschule* 2/2007, S. 41.

25 Rudolf Steiner: »Die soziale Grundforderung unserer Zeit – In geänderter Zeitlage« (GA 186), Dornach 1990, S. 19.